

Sitzungsniederschrift

25. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 09.06.2015	Sitzungsbeginn: 15:35 Uhr	Sitzungsende: 17:07 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Dirks, Friederike	CDU	
Frerichs, Theo	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Kleen, Barbara	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Johanne Carow
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Hans Forster
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Borm, Hans-Joachim		
Gerdes, Richard		
Hülsebus, Dieter		
Pieschke, Bärbel		

Tobiassen, Bernd

Verwaltung

Christoffers, Dieter	Leiter des Sozialamtes
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Krantz-Rewerts, Silke	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte
Martens, Frank	Ordnungsamt
Müller, Michael	Stellvertretender Leiter des Sozialamtes
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Schäfer, Marcel	Protokollführer
Seemann, Volker	Abteilungsleiter Allgemeine Sozialhilfe

Nicht anwesend:

Mitglieder

Carow, Johanne	FW
Forster, Hans	SPD

Beratende Mitglieder

Cordes, Andrea

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.04.2015 - öffentlicher Teil -
5. Bildung eines Ausschusses für Migration und Integration
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.05.2015: Bildung eines öffentlichen Fachausschusses für Asyl, Migration und Integration
Vorlage: VIII-AF/2015/018
 - 5.2. Bildung eines Unterausschusses für Migration und Integration (vormals: Runder Tisch für Migrationsfragen)
Vorlage: VIII/2015/066
6. Bericht der Verwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bericht der Verwaltung über die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern - Bericht zur Umsetzung der Mindeststandards
Vorlage: VIII-AF/2015/017



- 6.2. Anfrage der Fraktion Freie Wähler: Stellungnahme zu einer E-Mail der Flüchtlingshilfe Norden vom 24.04.2015
 7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: (Änderungs-) Antrag zur Vorlage der Verwaltung zur geplanten Beschlussfassung über die Unterbringung von Flüchtlingen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Vorlage: VIII-AF/2015/016
 8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 9. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:35 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.04.2015 - öffentlicher Teil -

Abgeordneter Sievers kritisierte den verspäteten Versand der Niederschrift vom 19.05.2015. Insbesondere wies er darauf hin, dass die bereits zum wiederholten Male der Fall gewesen sei.

Die Niederschrift vom 17.03.2015 - öffentlicher Teil - wurde einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Bildung eines Ausschusses für Migration und Integration**

TOP 5.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.05.2015:
Bildung eines öffentlichen Fachausschusses für Asyl, Migration
und Integration**
Vorlage: VIII-AF/2015/018

Zunächst begründete **Abgeordnete Altmann** den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.05.2015. Grundsätzlich sehe sie die Bildung eines Fachausschusses positiv, da der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung neben dem Thema Flüchtlinge auch andere Themenschwerpunkte habe. Es sei ihrer Fraktion jedoch wichtig, dass alle Fraktionen stimmberechtigt seien und dass die Öffentlichkeit gewährleistet bleibe. Daher beantrage die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bildung eines öffentlich tagenden Fachausschusses Migration und Integration mit 11 Mitgliedern.

Erster Kreisrat Dr. Puchert verwies auf den Vorschlag der Verwaltung zur Gründung eines nicht öffentlichen Unterausschusses Migration und Integration, der in der letzten Sitzung vorgestellt und in der heutigen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 5.2 behandelt werden solle. Die Verwaltung habe sich mit dem eigenen Vorschlag weiter beschäftigt; vor dem wichtigen Hintergrund des Themas Migration und Integration halte sie einen öffentlichen Fachausschuss für denkbar. Als angemessene Größe für diesen Fachausschuss schlage die Verwaltung aufgrund des einzigen Themenschwerpunktes Migration und Integration eine Besetzung mit 9 Mitgliedern vor. In diesem Fachausschuss seien alle Fraktionen, mit Ausnahme der Fraktion DIE LINKE, stimmberechtigt vertreten. Die Fraktion DIE LINKE erhalte jedoch ein Grundmandat. Zusätzlich sollten neben dem Migrationsbeauftragten Tobiassen auch der Asylkreis Aurich mit Herrn Helmut Wendt und der Asylkreis Norden mit Herrn Burkhard Eggert als beratende Mitglieder in dem Fachausschuss vertreten sein.

Der Vorschlag des Ersten Kreisrates Dr. Puchert wurde durch die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung positiv bewertet.

Abgeordnete Kleen und **Abgeordneter Sell** regten ergänzend an, dass die Mitglieder des neuen Fachausschusses Migration und Integration von den Fraktionen frei wählbar sein sollten und nicht zwingend Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sein sollten.

Abgeordneter Strömer zeigte sich über die Öffentlichkeit des Fachausschusses erfreut, sah aber die Abkoppelung des Fachausschusses vom Sozialamt kritisch. Er mahnte zudem eine höhere Präsenz des Sozialamtes in Aurich an.

Abgeordnete Altmann zeigte sich mit den Modifizierungsvorschlägen durch die Verwaltung und aus dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einverstanden.

Auch die **Abgeordneten Sievers** und **Odens** sowie **Grundmandatsträgerin Seelgen** äußerten sich positiv zu einem öffentlichen Fachausschuss.



Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfahl dem Kreisausschuss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen:

Es wird ein Fachausschuss Migration und Integration gebildet.

Aufgabe dieses Fachausschusses ist die Erarbeitung von Strategien zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen im Landkreis Aurich.

Die Besetzung dieses Fachausschusses erfolgt aus 9 Kreistagsabgeordneten, die durch die Fraktionen gewählt werden, nach der errechneten Sitzverteilung und einem Grundmandat. Als beratende Mitglieder werden Herr Bernd Tobiassen als Migrationsbeauftragter des Landkreises Aurich, sowie Herr Helmut Wendt als Vertreter des Asylkreises Aurich und Herr Burkhard Eggert als Vertreter des Asylkreises Norden bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5.2 Bildung eines Unterausschusses für Migration und Integration
(vormals: Runder Tisch für Migrationsfragen)
Vorlage: VIII/2015/066

Durch die Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 5.1 entfiel eine Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

TOP 6 Bericht der Verwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen

TOP 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bericht der Verwaltung über die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern -
Bericht zur Umsetzung der Mindeststandards
Vorlage: VIII-AF/2015/017

Abgeordnete Altmann erläuterte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.05.2015 dahingehend, dass es in der Vergangenheit unterschiedliche Informationen zur Einhaltung der durch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beschlossenen Mindeststandards für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gegeben habe, wonach diese nicht eingehalten wurden. Im Rahmen der Kontrollfunktion des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher einen Bericht hierzu.

Kreisverwaltungsoberrat (KVOR) Christoffers erklärte zunächst, dass per 11.06.2015 dem Landkreis Aurich 438 Personen zugewiesen wurden. Eine neue Aufnahmequote läge weiterhin nicht vor.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Sievers** erklärte **KVOR Christoffers**, dass laufend Wohnungsangebote für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen eingingen und durch das Sozialamt überprüft würden. In letzter Zeit seien zudem drei Angebote über eine zentrale Unterbringung von Flüchtlingen für jeweils 15 bis 20 Personen eingegangen, denen das Sozialamt nachgegangen sei.

KVOR Christoffers teilte weiter auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann** mit, dass Wohnungen, die dem Sozialamt für die Unterbringung von Flüchtlingen angeboten werden, durch Mitarbeiter des Sozialamtes besichtigt und fotografiert würden. Ein Übergabeprotokoll würde derzeit nicht erstellt werden, soll aber eingeführt werden. Die Mindeststandards würden seit Januar 2015 beim Abschluss von Nutzungsvereinbarungen über Wohnraum mit aufgenommen aber nicht immer eingehalten werden. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** ergänzte, dass die Integration in den Vordergrund gestellt werden und nicht bloß auf die Unterbringung abgestellt werden solle. Es solle ein fortlaufender Blick auf die Unterkünfte gehalten werden, bei dem der Status einer Wohnung hinsichtlich eines eventuellen Reparaturbedarfes oder aber auch die Einhaltung der Mindeststandards beachtet werde.

Die unter Ziffer 1 b des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.05.2015 geforderte Aufstellung aller durch einen Investor an den Landkreis Aurich zur Unterbringung von Flüchtlingen überlassenen Wohnungen und Häuser mit den jeweiligen Belegungszahlen wird, so **KVOR Christoffers**, in der nächsten Sitzung vorgelegt.

Als nächstes stellte sich **Herr Burkhard Eggert** als Sprecher des Asylkreises Norden vor. Er erläuterte zunächst das Zustandekommen der Mindeststandards für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Jahre 2014 in dreimonatiger Zusammenarbeit zwischen dem Asylkreis Norden und dem Sozialamt.

Nachdem in der örtlichen Tagespresse über eine mögliche Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Aurich und einem Investor berichtet wurde, habe er vier Unterkünfte dieses Investors im Bereich Norden auf die Einhaltung der Mindeststandards begutachtet. Dabei seien einige Punkte aufgefallen, in denen diese Mindeststandards nicht eingehalten würden. Beispielhaft zählte **Herr Eggert** auf, dass die Personanzahl bei Belegungen oder auch die Mindestwohnfläche von 6 m² pro Person nicht eingehalten würden, wobei diese zwar auch auf Besucher zurückzuführen sei, dies jedoch nicht im großen Maße. Außerdem seien oftmals keine Backöfen vorhanden sondern nur kleine Ferienkochplatten. Auch abschließbare Schränke würden oftmals nicht zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Problematik mit fehlenden Waschmaschinen räumte Herr Eggert einen Fehler in seinem Bericht ein.

Weiter führte er aus, dass er bei erneuten Besichtigungen der vier Wohnungen festgestellt habe, dass einige Mängel beseitigt wurden. So wurden beispielsweise fehlende Rauchmelder weitestgehend montiert und auch die Überbelegung habe sich größtenteils erledigt.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Sievers** erklärte **Herr Eggert**, dass die Frage der Sauberkeit im Bereich Norden bislang nicht thematisiert wurde. Aus Gesprächen wüsste er, dass das Zusammenleben junger Männer schwierig sei, er habe jedoch nicht alle Sanitäreinrichtungen besichtigt. **Vorsitzende Kleinert** ergänzte, dass die Sauberkeit von Wohnungen nicht Angelegenheit des Vermieters sei, sondern die Bewohner hier gefordert seien.

Abgeordnete Albers erkundigte sich nach dem Umgang der Mängelmeldung durch das Sozialamt. Hierzu führte **Herr Eggert** aus, dass er die Meldungen früher an das Sozialamt hätte geben müssen. Nachdem er diese gemeldet habe, habe er am nächsten Tag eine Bestätigung über den Eingang dieser Meldung erhalten. Eine Meldung über eingeleitete Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel habe er jedoch vermisst.

Die **Abgeordneten Frerichs** und **Altmann** forderten mehr Kontrollen der Wohnungen. **Abgeordnete Altmann** sprach sich hierbei für Übergabeprotokolle aus und regte zudem an, den Flüchtlingen neben der Sprache auch eine interkulturelle Kompetenz zu vermitteln, wozu unter anderem auch das Reinigen der Wohnungen durch Männer gehöre.

Abgeordnete Kleen fasste abschließend zusammen, dass die Zusammenarbeit der Fachämter unter Leitung der neuen Abteilung Migration und Integration eine Chance zur Verbesserung der Integration von Flüchtlingen sei. Es sollten jetzt zunächst Konzepte erstellt werden. Die Finanzierungsfrage sei jedoch schwierig.

TOP 6.2 **Anfrage der Fraktion Freie Wähler: Stellungnahme zu einer E-Mail der Flüchtlingshilfe Norden vom 24.04.2015**

Abgeordneter Strömer stellte fest, dass die Fragen aus der Email des Herrn Eggert im Rahmen der Behandlung des Tagesordnungspunktes 6.1 hinreichend beantwortet wurden.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann** teilte **KVOR Christoffers** mit, dass der Landkreis Aurich eng mit den Asylkreisen zusammenarbeite und bei Zuweisungen sofort Kontakt mit diesen aufnehme. Wohnungen für Flüchtlinge würden vor dem Bezug durch das Sozialamt besichtigt.

Die Mindeststandards würden, so **KVOR Christoffers** auf Frage des **Abgeordneten Strömer**, nicht alle eingehalten. Wenn Hinweise hierauf eingingen, würden die Wohnungen aufgesucht und bei den Vermietern Abhilfe eingefordert werden. Es fehle dem Sozialamt jedoch an Personal um eine effektive Kontrollfunktion auszuüben.

TOP 7 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: (Änderungs-) Antrag zur Vorlage der Verwaltung zur geplanten Beschlussfassung über die Unterbringung von Flüchtlingen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
Vorlage: VIII-AF/2015/016

Abgeordnete Altmann begründete den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Unterbringungsproblemen in der Vergangenheit und einem diesbezüglichen Angebotes eines Großinvestors.

KVOR Christoffers teilte hierzu zunächst mit, dass aktuell durch eine offensive Herangehensweise der Druck bei der Unterbringung herausgenommen werden konnte. Wenn Wohnungen zur Verfügung stehen, würden diese der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende -Standort Bramsche- mitgeteilt und von dort erfolgten dann entsprechende Zuweisungen von Flüchtlingen. Des Weiteren würden freierwerden Plätze in Unterkünften wiederbelegt.

Erster Kreisrat Dr. Puchert verwies auf den neuen Fachausschuss Migration und Integration sowie die neue Abteilung Migration und Integration, die sich mit diesem Thema befassen werde. Derzeit werde durch einen Arbeitskreis eine Gesamtstrategie entwickelt, wobei man nicht nur den akuten Bedarf sondern auch weitergehende Szenarien betrachte. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne als Prüfauftrag in diese Gesamtstrategie einbezogen und eine dezentrale Unterbringungsstruktur entwickelt werden.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann** teilten **Erster Kreisrat Dr. Puchert** und **KVOR Christoffers** mit, dass die Nutzungskonditionen für die Unterbringung von Einzelpersonen, für die pauschal ein Betrag in Höhe von monatlich 300,00 EUR gezahlt werde, auch für andere Vermieter gelte. Wichtig sei hierbei, dass es sich nicht nur um Mietzahlungen handele, sondern auch Nebenkosten (Gas, Strom, Wasser, Grundbesitzabgaben u. ä.), Möblierung, Renovierungs- und Reparaturkosten sowie Ersatzbeschaffungen etc. in diesem Pauschalbetrag enthalten seien. Hier müsse noch für mehr Transparenz und Aufklärung gesorgt werden.

Abgeordnete Albers zeigte sich abschließend mit dem Vorschlag, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der konstituierenden Sitzung des neuen Fachausschusses Migration und Integration zu behandeln, einverstanden.

TOP 8 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abgeordneter Strömer wies nochmals auf Schränke hin, die über die Bundeswehr in Wittmund zu erhalten sein und erkundigte sich, ob solch ein Schrank im Rahmen der Mindeststandards angemessen sei. **Herr Eggert** wies darauf hin, dass die Einhaltung der Mindeststandards, zu denen solch ein Schrank gehöre, Angelegenheit der Vermieter sei. Der Landkreis Aurich sollte die Vermieter jedoch auf die Möglichkeit des Erwerbs über die Bundeswehr hinweisen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:54 Uhr. **Abgeordneter Ihnen** verließ die Sitzung um 16:54 Uhr.

Ingeborg Kleinert
Vorsitzende

Marcel Schäfer
Protokollführer